Bitkom e.V. |

Klare Mehrheit für Aus des Bildungsföderalismus

- 58 Prozent der Deutschen wollen Verantwortung von Ländern auf Bund übertragen
- Nur jeder Sechste möchte am Status quo festhalten
- Zwei Drittel fordern sofortige Umsetzung des Digitalpakts Schule



Berlin, 08. Februar 2019 - Die Mehrheit der Deutschen spricht sich für eine tiefgreifende Reform des deutschen Bildungswesens aus. 58 Prozent der Bundesbürger halten den Föderalismus in der Bildung für nicht mehr zeitgemäß und wünschen sich, dass der Bund dafür künftig allein verantwortlich ist, also etwa für Schulformen, Fächerangebot, die Gestaltung von Lehrplänen oder die Finanzierung von Lehrmitteln. Am Status quo möchte dagegen nur jeder Sechste festhalten: 16 Prozent wollen, dass für Bildung weiterhin allein die Bundesländer verantwortlich sein sollen. Dass Bildung zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern wird, befürworten 22 Prozent. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. „In der Bildung leisten wir uns den Luxus einer rückständigen Kleinstaaterei. Wir sprechen eine Sprache, aber lernen in 16 Schulsystemen – das ist keine Bereicherung, sondern ein Bremsklotz“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. „Die festgefahrene Debatte um den Digitalpakt Schule zeigt, wie der Bildungsföderalismus wichtige Weichenstellungen für das digitale Zeitalter verhindert. Während Bund und Länder über Finanzierung und Zuständigkeit streiten, verlieren unsere Schulen bei der Digitalisierung international den Anschluss. Die Mittel und Methoden, mit denen an Schulen gelehrt und gelernt wird, sind heute nahezu dieselben wie vor fünfzig Jahren.“

Digitalpakt-Milliarden sollen so schnell wie möglich bei den Schulen ankommen

Der Digitalpakt Schule, bei dem der Bund für die kommenden Jahre fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen in Aussicht gestellt hat, sollte nach Ansicht der Mehrheit der Deutschen ohne weitere Verzögerung umgesetzt werden. Zwei von drei Bundesbürgern (67 Prozent) sind der Ansicht, das Milliardenpaket müsse so schnell wie möglich bei den Schulen ankommen.

Bürger wünschen digitalkompetente Lehrer, digitale Lerninhalte und digitale Technik

Schon heute sehen die allermeisten einen großen Nachholbedarf. 86 Prozent sagen, dass Deutschlands Schulen bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich hinterherhinken.

Entsprechend groß ist der Wunsch nach Reformen. Nahezu alle Befragten (96 Prozent) meinen, Lehrer sollten verpflichtet werden, sich zu digitalen Themen und Methoden regelmäßig fortzubilden. Knapp neun von zehn (87 Prozent) sind der Ansicht, dass die Digitalisierung ein wichtiger Bestandteil in den Lehrplänen werden sollte. Und drei Viertel (75 Prozent) sagen, die technische Ausstattung der Schulen müsse verbessert werden. Die Waage halten sich die Deutschen, wenn es um die Frage geht, ob zuerst Schulgebäude saniert werden sollten, bevor in die Digitalisierung investiert wird. 48 Prozent sagen ja – und 50 Prozent nein.

Hinweis zur Methodik: Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.007 Bundesbürger ab 16 Jahren telefonisch befragt. Die Fragestellungen lauteten: „Wer sollte Ihrer Meinung nach für Bildungspolitik zuständig sein, also zum Beispiel für die Schulformen, das Fächerangebot, die Gestaltung von Lehrplänen und die Finanzierung von Lehrmitteln?“ und „Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung der Schulen zu fördern und dafür ein Paket in Höhe von fünf Milliarden Euro für die kommenden Jahre angekündigt, den so genannten Digitalpakt Schule. Bitte sagen Sie mir inwieweit sie folgenden Aussagen zum Thema Bildungspolitik zustimmen beziehungsweise nicht zustimmen.“ Die Umfrage ist repräsentativ.

Kontakt

Merle Wiez
Pressereferentin
Telefon: +49 30 27576-274
E-Mail: m.wiez@bitkom.org
Download Pressefoto

Johanna Guttenberger
Manager Bildungspolitik & Digitale Gesellschaft
Nachricht senden

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Klare-Mehrheit-fuer-Aus-des-Bildungsfoederalismus***